

„Aber Demokratie ist keine Einbahnstraße“

MdL Christian Schaft zur Kritik an der geplanten Novelle des Hochschulgesetzes

Die Technische Universität Ilmenau hat zur geplanten Novelle des Thüringer Hochschulgesetzes eine Stellungnahme vorgelegt. Das von Rektor Peter Scharff und dem Vorsitzenden des Hochschulrates der TU, Michael Mertin, unterschriebene Papier kritisiert, dass die Universitätsspitze im strategischen Bereich ihre „zentrale Entscheidungsbefugnis“ verliere.

Auch der CDU-Hochschulpolitiker Mario Voigt sprach sich klar gegen die geplante paritätische Besetzung der Senate an Thüringer Hochschulen mit Professoren und Studenten aus.

Dazu erklärte Christian Schaft, hochschulpolitischer Sprecher der Linksfraktion: „Die Koalition und das Thüringer Wissenschaftsministerium haben bei einem breit angelegten und anderthalbjährigen Hochschuldialog an allen Hochschulstandorten sehr genau zugehört. Aus allen Statusgruppen – einschließlich der Professorinnen und Professoren – kam dabei der Ruf nach einer deutlichen Stärkung der Senate. Dieser Aufforderung folgt der Entwurf des neuen Hochschulgesetzes und führt die wichtigsten Aufgaben der Hochschulen wieder in die Hände des zentralen demokratisch gewählten Gremiums, des Senats.“

Er verstehe, dass einigen Hochschulleitungen dieser Schub an Demokratisierung nicht behage. „Insbesondere aus der TU Ilmenau erreichen mich schon länger Klagen über Entscheidungsfindungen, die oft schon vor der eigentlichen Senatssitzung gefallen zu sein scheinen. Auch deshalb bleibe ich dabei: Demokratie bedeutet Mitbestimmung und eine transparente Einbindung aller Betroffenen von Anfang an. Dem trägt der vorliegende Gesetzesentwurf vollkommen zu Recht Rechnung.“ Der LINKE-Politiker betonte, dass die geplante paritätische Beset-

zung nicht die Handlungsfähigkeit der Hochschulen gefährde, sondern stärken werde: „Wenn alle Interessensgruppen gleichberechtigt die Chance hatten, ihre Positionen einzubringen, dann werden Entschlüsse auch durch alle Beteiligten gemeinsam getragen und umgesetzt. Zwar mag manche Debatte einer Hochschulleitung lästig er-

le Zusammensetzung diese Gefahr in sich birgt. Es ist eine Frage des Umgangs miteinander in den Gremien. Es liegt an allen Beteiligten, das Ansinnen des Gesetzentwurfs nach einem demokratischen Miteinander im Hochschulalltag leben zu wollen. Ich habe angesichts einiger Äußerungen nicht das Gefühl, dass alle dazu bereit sind. Aber



scheinen, erzielte gute Kompromisse bergen jedoch die Möglichkeit, viel effektiver und breiter verwirklicht zu werden. Zudem wird auch zukünftig bei allen Fragen, die maßgeblich Forschung und Lehre betreffen, eine professorale Mehrheit durch den erweiterten Senat im Gesetz verankert bleiben. Von einer 'Entmachtung der Professorinnen und Professoren' zu reden, ist schon deshalb schlicht falsch.“

Zum Vorwurf, dass paritätisch besetzte Hochschulorgane die Gefahr endloser Debatten in sich bergen, konstatierte Christian Schaft: „Aus meiner eigenen Erfahrung in den Gremien der akademischen Selbstverwaltung als Student weiß ich, dass auch die aktuel-

le Demokratie ist keine Einbahnstraße. Ich freue mich auf die mündliche Anhörung im Wirtschafts- und Wissenschaftsausschuss, die wir zeitnah nach der Einbringung des Gesetzes im Landtag ansetzen werden.“

Auch dort werden alle Hochschulen und Statusgruppen erneut die Möglichkeit erhalten, sich umfassend zu äußern. Im Nachgang werden wir alle Argumente erneut abwägen und diskutieren. Ganz am Ende dieses Prozesses werden wir, so glaube ich, ein gutes Hochschulgesetz haben, welches Demokratisierung, Gute Arbeit und Chancengerechtigkeit entscheidend voranbringen wird“, zeigte sich der Hochschulpolitiker zuversichtlich. ■

VON A BIS Z:

Enquetekommission

Die Enquetekommission „Ursachen und Formen von Rassismus und Diskriminierungen in Thüringen sowie ihre Auswirkungen auf das gesellschaftliche Zusammenleben und die freiheitliche Demokratie“ hat sich am 27. Juni konstituiert. Sie ist eine Konsequenz aus der jahrelang unentdeckten Mordserie des NSU und eine der Empfehlungen des ersten Thüringer NSU-Untersuchungsausschusses und soll Ursachen für das Entstehen und die Verbreitung rassistischer Einstellungen identifizieren, daraus entstehende Gefahren untersuchen und konkrete nachhaltige Konzepte sowie Handlungsempfehlungen gegen strukturellen und institutionellen Rassismus für die Thüringer Politik und Zivilgesellschaft entwickeln.

Die Obfrauen der rot-rot-grünen Regierungsfractionen, Sabine Berninger, Diana Lehmann und Madeleine Henfling, erklärten: „Diese Form der Auseinandersetzung mit dem Thema Rassismus ist in der Bundesrepublik einmalig. Die Enquetekommission ist ein wichtiges Instrument, um gute Maßnahmen zu entwickeln, um Rassismus und Diskriminierung in diesem Land entgegenzuwirken. Ziel ist, sowohl wirksame Maßnahmen für Behörden und öffentliche Einrichtungen zu entwickeln, als auch herauszufinden, wie Politik Zivilgesellschaft unterstützen kann und muss. Rassismus und Diskriminierung an der Wurzel packen, das können die demokratischen Kräfte nur gemeinsam schaffen. Dazu soll die Enquetekommission beitragen.“ ■

WICHTIGE TERMINE

Landtagssitzungen:

Im Gleichlauf mit den Schulferien befindet sich der Landtag in der parlamentarischen Sommerpause.

Die nächsten planmäßigen Plenarsitzungen finden statt in der Zeit vom 30. August bis 1. September, vom 27. bis 29. September, vom 1. bis 3. November und vom 12. bis 15. Dezember.

Bereits am 17. August findet eine Landtagssondersitzung statt.

Bei Interesse an Teilnahme an einer der Sitzungen bitte rechtzeitig in der Geschäftsstelle der Linksfraktion melden (Tel. 0361 3772295).

Über die Aktivitäten der Linksfraktion immer auf dem Laufenden im Internet unter:

www.die-linke-thl.de ■

Ausbildung

Im Jahr 2016 begannen 9.817 Personen in Thüringen eine Ausbildung im Rahmen des dualen Systems. Das waren nach Mitteilung des Landesamtes für Statistik 2,2 Prozent weniger als im Jahr 2015. Wie in den Vorjahren wurden im Bereich Industrie und Handel die meisten neuen Ausbildungsverträge abgeschlossen (6 188 Verträge). Einen Anstieg konnten auch der Bereich Handwerk sowie Öffentlicher Dienst verzeichnen. Den prozentual größten rückläufigen Trend bei den Vertragsabschlüssen hatte im Jahr 2016 der Ausbildungsbereich Landwirtschaft. Hier unterschrieben 338 Personen einen neuen Ausbildungsvertrag und damit 21,6 Prozent weniger als im Vorjahr. ■

Flüchtlingsrat

Das Bildungsministerium hat einen Vertrag mit dem Flüchtlingsrat Thüringen e.V. zur Fortführung der „Fachberatungsstelle zu asyl- und aufenthaltsrechtlichen Fragestellungen bei unbegleiteten minderjährigen Ausländern“ für die Dauer von einem Jahr geschlossen. In Thüringen leben zurzeit etwa 1.400 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. Die Beratungsleistungen werden ausgebaut und verstetigt, so im Hinblick auf Fragen des Familiennachzugs und der Familienzusammenführung, Handlungsoptionen in den asyl- und aufenthaltsrechtlichen Verfahren, die Klärung aufenthaltsrechtlicher Perspektiven oder bezüglich der Möglichkeiten zu Bildungsangeboten und Arbeitsmarktzugang. ■

Käthe Kollwitz

Gemeinsam mit der „Brennessel“, dem Erfurter Zentrum gegen Gewalt an Frauen, veranstaltet die Fraktion DIE LINKE anlässlich des 150. Geburtstages von Käthe Kollwitz eine Szenische Kollage. Sie findet am Freitag, den 11. August (18 bis 20 Uhr) im Haus Dacheröden in Erfurt statt und trägt den Titel „Es fiel ein Schuss in Sarajewo“. In Ausschnitten vermittelt Lore Seichter-Muráth den Werdegang der weltberühmten Bildhauerin und Zeichnerin. Aus Tagebuchaufzeichnungen, poetischen Textpassagen, a capella gesungenen Liedern, Werkbeschreibungen und Gedichten webt sie einen faszinierenden Spannungsbogen bis hin zum auch für die Künstlerin schicksalhaften Beginn des Ersten Weltkrieges. ■